

# Monatsspiegel



Mai 2007



AUGUST-BEBEL-HAUS

Adressaufkleber

# SPD

## Erlangen

## Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Mehr soziale Sicherheit. Gute Arbeit.

Von Wolfgang Niclas, DGB Kreisvorsitzender

Die Wirtschaft boomt, der Arbeitsmarkt kommt langsam in Bewegung. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben diesen Aufschwung hart erarbeitet – und haben Anspruch auf ihren Anteil. Wir lassen uns nicht mit guten Worten abpeisen. Wir wollen deutlich und nachhaltig am Aufschwung teilhaben. Es ist klar: Die Löhne und Gehälter müssen spürbar steigen, Das stärkt den Aufschwung durch mehr Binnennachfrage.

Immer noch herrscht Massenarbeitslosigkeit, während die Unternehmen immer neue Rekordgewinne einstreichen und Managergehälter in absurde Höhen steigen. Nach halbjähriger Anstandsfrist hat sich beispielsweise der Siemens-Vorstand die Bezüge um 30 Prozent erhöht. Den Arbeitgebern werden mit der Unternehmenssteuerreform milliardenschwere Geschenke versprochen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen immer neue Belastungen verkraften.

Gleichzeitig stellen die zunehmende Privatisierung sozialer Sicherung und die ausufernde prekäre Beschäftigung die Lebensperspektiven von Millionen Menschen in Deutschland und Europa immer mehr in Frage.

In Erlangen und Erlangen-Höchstadt können wir von verhältnismässig guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgehen. Neben der Zukunftssicherung in den Großunternehmen, der Universität und der öffentlichen Verwaltung spielt eine offensive Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe sowie der „Gründerlandschaft“ eine zentrale Rolle bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Region. Die Richtigkeit der seit den 80er Jahren gestellten Forderung der Gewerkschaften nach einer aktiven Regionalstrukturpolitik hat mit der Anerkennung der „Europäischen Metropolregion Nürnberg“ eine weitere Bestätigung gefunden, längst aber noch nicht ihren Abschluss.

Trotz massiver Unterstützung der Betriebe durch Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit öffentlichen Mitteln wird von der Mehrzahl der Unternehmen kein ausreichender Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme. Unter anderen Beispielen zeigt die hohe Jugendarbeitslosigkeit diesen Skandal in aller Deutlichkeit.

Inakzeptabel und kurzfristig ist die zunehmende Polarisierung in Gewinner und Verlierer der wirtschaftlichen Entwicklung.

Inakzeptabel und kurzfristig ist eine Politik, die wachsende Teile der Bevölkerung mit Verarmung und Perspektivlosigkeit konfrontiert.

Der aktuelle Rückgang der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahr ist erfreulich. Er ist der Belebung der Binnenkonjunktur geschuldet, die Binnennachfrage muß ausgebaut werden. Es bleiben gewaltige Defizite:

Fortsetzung auf Seite 3

## Termine

01.05.	10:00	Erster Mai: Demonstrationzug	Gewerkschaftshaus, Friedrichstraße 5	S. 3
01.05.	11:00	Erster Mai: Kundgebung	Entlas-Keller	S. 3
02.05.	20:00	AsF	Gemeinderaum beim Dritte-Welt-Laden	S. 14
08.05.	20:00	Veranstaltung zum achten Mai	Volkshochschule, Historischer Saal	
08.05.	20:00	Distrikt Dechsendorf	Gasthof Rangau	S, 11
09.05.	20:00	Kreisvorstand	BSC, Schallershofer Straße 70a	
09.05.	20:00	Distrikt Süd	Biergarten Röthelheim	S. 13
10.05.	19:00	Kreismitgliederversammlung	BSC, Schallershofer Straße 70a	S. 4
14.05.	16:00	Veranstaltung 60plus: „Pflegeversicherung“	Dreycedern	S. 9
15.05.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 11
15.05.	20:00	Distrikt Frauenaurach	AWO-Raum	S. 12
15.05.	20:00	Distrikt Innenstadt	Kulisse	S. 12
15.05.	20:00	Distrikt Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 13
15.05.	20:00	Distrikt West	Zur Einkehr	S. 13
15.05.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 14
22.05.	20:00	Distrikt Ost	Waldschänke	S. 12
23.05.	20:00	Distrikt Anger	Angerwirt	S. 11
29.05.	18:00	Jusos am Berg	Treffpunkt: Eiscafé Venezia	S. 14
05.06.	20:00	Erlanger Mitte	Waldschänke, Lange Zeile 104	S. 12
12.06.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	S. 14
12.06.		Distrikt Tennenlohe	Am Bach 17	
13.06.	20:00	AsF		S. 14
21.06.	20:00	Kreisvorstand		
29.06.	20:00	Nominierung OB-KandidatIn	Gemeindehaus am Bohlenplatz	

### Kontakt

#### Kreisverband Erlangen-Stadt:

Vorsitzender: Robert Thaler  
 Friedrich-List-Straße 5  
 91054 Erlangen  
 Telefon: 09131-8126522  
 Fax: 09131-8126513  
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de  
 Internet: www.spd-erlangen.de  
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

#### Bürozeiten

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr  
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr  
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr  
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr  
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr  
 Ansprechpartnerin: Karin Franke, Geschäftsführung

### Impressum

#### Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen  
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

#### Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Philipp Dees  
 Lichtenfelser Weg 6  
 91056 Erlangen  
 Telefon: 09131-483791  
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

#### Mitarbeit: Lars Thomsen

**Druck:** Gruner Druck GmbH, Erlangen

**Auflage:** 700 Stück

- Unter 25-jährige und über 50-jährige sind trotz aller Sonderprogramme am Abbau der Arbeitslosigkeit unterdurchschnittlich beteiligt.
- Die zusätzlichen Arbeitsplätze sind vor allem dem prekären Arbeitssektor zuzuordnen.
- Leiharbeit mit unsicherer Beschäftigungsperspektive und Niedrigbezahlung wächst überproportional.

Wenn die Bundesagentur für Arbeit in unserer Region für eine befristete Arbeit in der Landwirtschaft einen Stundenlohn zwischen 5,10 und 5,83 Euro ausschreibt bedeutet das: Armut trotz Arbeit.

Es bestärkt unsere Forderung nach einem Mindestlohn. Die gemeinsame Unterschriftenkampagne von DGB und SPD für einen Mindestlohn ist ein Schritt in die richtige Richtung und muß in einer gesetzlichen Regelung münden.

Der Zugang in die Arbeitslosigkeit nach Beendigung einer Ausbildung wächst gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent.

In der offiziellen Bilanz der Bundesagentur für 2006 konnte die Zahl der nichtvermittelten Ausbildungsplatzbewerber zwar gesenkt werden. Ein besonderer Dank gilt hier der von den Gewerkschaften mitgetragenen Initiative JAZ eV in Erlangen. Auch in Erlangen bleibt die Zahl der offenen Ausbildungsplätze aber weit geringer, als die der unvermittelten BewerberInnen und Jugendlichen in sogenannten Warteschleifen.

Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit bleiben ein gesellschaftlicher Skandal ersten Ranges und stellen unsere Zukunftsfähigkeit angesichts gleichzeitig wachsenden Fachkräftebedarfs gleich doppelt in Frage.

Die nun fast schon ein Jahr andauernde Insolvenz der FEAG in Erlangen zeigt, dass auch rentable Arbeitsplätze vor der Vernichtung durch Profitsucht nicht gesichert sind. Hier droht der Verkauf an einen ausschliesslich am schnellen Geld interessierten Finanzinvestor und die baldige Verlagerung der Arbeitsplätze in sogenannte Billiglohnländer.

Der Leistungsdruck in den Betrieben nimmt ebenso zu wie der erpresserische Druck auf die Belegschaften und ihre Gewerkschaften zum Abbau tariflicher Leistungsstandards. In vielen Fällen wird gezielt eine Politik der Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und der Abbau weiterer sozialer Standards betrieben. Trauriger Höhepunkt ist der durch den Siemens-Bestechungsskandal bekanntgewordene Vorgang, eine vom Arbeitgeber abhängige Arbeitnehmerorganisation (AUB) als antengewerkschaftliche Spaltungskraft aufzubauen und zu finanzieren.

Wir verlangen mehr Respekt. Lohndumping, Billiglöhne, Schutzlosigkeit und ungerechte Arbeitsbedingungen müssen mit Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen, aber auch politisch verhindert werden.

Der Arbeitslohn muß zum Leben reichen. Jeder Mensch muß von seinem Einkommen in Würde leben können und darf nicht in Zweit- und Drittjobs gezwungen werden.

Deshalb verlangen wir anständige Tarifverträge und einen gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 7,50 Euro.

Die Gewerkschaften in Erlangen sind seit dem letzten 1. Mai stärker geworden. Stärker an Mitgliedern! Stärker an Betriebsräten.

Wir verlangen mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Die demographische Entwicklung muß politisch gestaltet wer-

den und darf nicht als Legitimation für einseitige Belastungen für Beschäftigte und Rentner missbraucht werden. Dafür brauchen wir eine Erneuerung der Solidarität. Wir verlangen mehr soziale Verantwortung vor allem von jenen, die andere oder Geld für sich arbeiten lassen.

Wir verlangen gute Arbeit. Grundlage sind sichere Arbeitsplätze, die nicht krank machen, garantierte Weiterbildungs- und Entwicklungschancen für alle Beschäftigten, Rücksicht auf Familien und Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen.

Die Menschen in Deutschland haben mehr verdient als ihnen Arbeitgeber und Politik bisher zugestehen.

**Dafür rufen wir auf zur Teilnahme am 1. Mai!**

1. Mai 2007

# Du hast mehr verdient!

Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit.

## 10.00 Uhr Demonstrationzug

Vom Gewerkschaftshaus zum Burgberg / Entia's-Keller

## 11.00 Uhr Kundgebung

Begrüßung

**Wolfgang Niclas**

Vorsitzender, DGB-Kreisverband Erlangen

Grußworte

**Dr. Siegfried Balleis**

Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

## 12.00 – 16.00 Uhr Maifest

- > Live-Musik: „Kletzmania“
- > Kinderprogramm: mit Hüftburg, Malaktion und Ponyreiten
- > Infostände
- > Transparentaktion des DGB Mittelfranken
- > Mojito-Bar
- > „Arbeitskräfteversteigerung“
- > „Nagelbrettaktion“

**DGB**

Kreisverband  
Erlangen

Hauptredner  
**Wolfgang Müller**

IG Metall  
Bezirk Bayern

**ERLANGEN**

**ACHTUNG**

Die Mai-Pins gelten als Fahrschein in der Stadt Erlangen.

# Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

## Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, den 10. Mai 2007, 19:00 (!) Uhr,  
BSC Büchenbach, Schallershofer Str. 70a**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles
2. **Vorstellung, Beratung und Beschlussfassung über das Kommunalpolitische Programm 2008**
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

### **Wichtige Hinweise:**

- Die Beschlussvorlage für das Kommunalpolitische Programm liegt voraussichtlich ab dem 03. Mai im Parteibüro als Kopiervorlage und in elektronischer Form bereit.
- Bitte meldet eure Änderungsanträge möglichst schon bis Mittwoch, 09. Mai an das Parteibüro. Bitte gebt dabei die konkrete Stelle an, die geändert werden soll (Seiten- und Zeilennummer), was geändert werden soll (Einfügen, Streichen, Ersetzen) und macht bei Einfügungen oder Ersetzungen einen Formulierungsvorschlag.
- Auf der KMV selbst können Änderungsanträge nur schriftlich gestellt werden; mündliche Anträge sind nicht möglich

Wir wollen damit sicherstellen, dass die umfangreichen Beratungen übersichtlich und für alle nachvollziehbar ablaufen. Es soll genügend Zeit für die wichtigen inhaltlichen Diskussionen bleiben.

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

# Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 10.05.2007

**AntragstellerIn:** Jusos Erlangen

## Alkoholverbot in der Öffentlichkeit

Die SPD Erlangen lehnt die Verlängerung des Alkoholverbots in der Öffentlichkeit ab und setzt sich für dessen Beendigung ein.

### Begründung:

Grund für die Einführung des Verbots des „Niederlassens und Verweilen zum Zwecke des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit“ waren die nächtliche Ruhestörung der BewohnerInnen der Altstadt sowie die alkoholisierten Jugendlichen vor dem Kaufland.

Beide Gründe waren bzw. sind ernstzunehmende Probleme, sie können jedoch nicht durch ein Verbot behoben werden wie auch die Bilanz nach einem Jahr zeigt.

Das Problem mit dem nächtlichen Lärm in der Altstadt ist mittlerweile, nach der

Verkürzung der Sperrzeit der Lokale, deutlich entschärft. Möglicherweise noch auftretende Lärmbelästigungen sind am Besten im Dialog mit z.B. dem Betreiber des Zirkels und den Gastwirten zu lösen. Dies wäre auch vor dem Erlassen von repressiven Maßnahmen (Alkoholverbot, Sperrzeitverkürzung) der richtige Weg gewesen, um durch den Dialog zu einer alle Seiten zufrieden stellenden Lösung zu kommen.

Das Problem des übermäßigen Alkoholkonsums unter Jugendlichen hat sich durch das Verbot nicht gebessert, sondern lediglich in weniger einsehbare und überwachte Bereiche verlagert. Dies führte zudem zu weiteren Problemen wie der erhöhten Gefahr für Mädchen (siehe Bericht der Streetworker an den Stadtrat v. 12.1.) und der stärkeren Verschmutzung von Grünanlagen (siehe Stellungnahme der Abt. Stadtgrün).

Das Alkoholverbot stößt zudem bei den betroffenen Jugendlichen auf Ablehnung, wenn in der unmittelbaren Umgebung legal Alkohol ausgetrunken wird (siehe Be-

richt Streetworker v. 12.1.). Dies fördert nicht gerade das Rechtsbewusstsein der Jugendlichen.

Zudem lässt sich das Alkoholverbot nicht flächendeckend überwachen wie auch die Polizeiinspektion Erlangen-Stadt in ihrer Stellungnahme vom 8.2. an den Stadtrat einräumt.

Nach Auskunft der Polizei gebe es für das Verbot Ausführungsbestimmungen, womit dann nicht jeder Fall von Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit verfolgt werde. Dies lässt der Willkür prinzipiell freien Lauf. Menschen, die nicht in das Bild passen (Punks, Obdachlose, ...) werden kriminalisiert, die Hochzeitsgesellschaft vor dem Rathaus darf Senkt trinken.

Es ist nicht einzusehen, dass Menschen, die sich niederlassen, um z.B. auf einer Bank friedlich ein Bier oder ein Glas Wein zu trinken, kriminalisiert werden.



Sparkassen-Finanzgruppe

**Wetten?**  
Kaufen ist günstiger  
als Mieten! Fordern  
Sie uns jetzt heraus!\*

Zu wenig Platz? Wir helfen.  
Sparkassen-Baufinanzierung.

Top-Konditionen. Individuelle Lösungen. Faire Beratung.

 Sparkasse  
Erlangen

\*Bis zum 30.04.2007 vergleichen wir für Sie die zu zahlende Miete mit der Leistungsrate für eine Baufinanzierung. Wie die Wette auch ausgeht, Sie gewinnen in jedem Fall. Alle Infos in unseren Geschäftsstellen oder unter [www.sparkasse-erlangen.de](http://www.sparkasse-erlangen.de).

**Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

# Rechenschaftsbericht des Kreisvorsitzenden auf der Jahreshauptversammlung am 22.3

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zum 19. März 2007 hatte der Kreisverband Erlangen 566 Mitglieder. Davon sind 363 männlich und 203 weiblich, was einem Frauenanteil von 35,87 % (2005: 36,93 %) entspricht. 2005 war der Kreisverband Erlangen mit 593 Mitgliedern erstmals unter die 600 Mitgliedergrenze gesunken.

Dem erneuten Mitgliederverlust von 27 Mitgliedern stehen aber auch erfreulicherweise 19 Neueintritte gegenüber wovon 3 Frauen sind. Allein 7 Neueintritte konnten wir 2007 verzeichnen.

Und was uns hoffen lässt ist, dass sind nahezu die Hälfte der Neumitglieder unter 26 Jahre alt ist, d.h. die Jugend will in der SPD mitarbeiten und sie tut dies auch in sehr engagierter Weise auf allen Ebenen und in vielen Gremien.

Im Berichtszeitraum mussten wir 22 Austritte verzeichnen, d.h. knapp 4 Prozent unserer Mitglieder haben uns verlassen. Es waren 15 Männer und 7 Frauen, die das Parteibuch abgegeben haben. Seit der letzten Jahreshauptversammlung sind zehn Genossinnen und Genossen verstorben.

Wir hatten im abgelaufenen Jahr 12 Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands, dazu eine Wochenendklausur in Schney, 11 Sitzungen des Kreisvorstands und 10 Kreismitgliederversammlungen. Folgende Themen wurden auf den KMV's behandelt:

- 20 Jahre nach Tschernobyl; Zukunftsfähige Energiepolitik ohne Atomkraft
- Quo vadis SPD? Leitsätze zum neuen Grundsatzprogramm
- Mehr Wettbewerb in Europa? Auswirkungen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie
- Wir wollen mehr für Erlangen! Weichenstellung für die Kommunalwahl 2008
- Bildung für Alle! Chancengleichheit in der Einwanderungsgesellschaft
- Friedens- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen
- Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft; Aktuelles aus dem Bundestag
- Die S-Bahn kommt: Sie reden mit

Der Bericht aus dem Bezirk musste wegen schlechten Wetters auf April vertagt werden

Ein Workshop zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2008 mit Wahlanalyse der letzten Kommunalwahl u. a. auch durch das städtische Amt für Recht und Statistik war der Auftakt zu unseren Wahlkampf vorbereitungen

Im Juni und Juli führten wir acht parteiinterne Foren mit sämtlichen Sprechern der SPD- Stadtratsfraktion im Rathaus durch.

Auftakt unserer Dialog- und Kompetenzphase war eine sehr gut besuchte Veranstaltung mit dem Thema „Zukunft sichern durch Ausbildung“ mit Prof. Jutta Allmendinger und Renate Schmidt. Die folgenden Themen wurden in einer erfolgreichen Dialogreihe mit insgesamt mehreren hundert Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und für unser neues kommunalpolitisches Programm protokolliert

- Frisch bleiben! Wasserversorgung in Erlangen
- Weiblich, jung, aktiv- Politik für junge Frauen
- Planlos? - Nachhaltige Stadtplanung für Erlangen
- Einfach besser leben- Sport und Spiel in Erlangen
- Kinderleicht groß werden- Betreuung- Bildung- Erziehung
- Der Mensch lebt nicht von Brot allein- Kultur in Erlangen
- Offen aus Tradition? Integration und Mitsprache in Erlangen
- Wir haben alles- sogar Armut! Armut vermeiden durch präventive Sozialpolitik
- Wo in Erlangen der Schlauch drückt. Moderne Verkehrspolitik für Mensch und Umwelt

Dazwischen wurde der Kandidatinnensteckbrief veröffentlicht, fand die Vorstellungsrunde unserer Stadtratskandidatinnen und Stadtratskandidaten statt, haben wir die Kandidatur von Ursula Lanig, als unsere Kandidatin bei der Wahl für das Oberbürgermeisteramt der Stadt Erlangen bekannt gegeben.

Es gab die Teilnahme am 25. Ostermarsch in Nürnberg, die Solidaritätsadresse an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, deren Arbeitskampf nach

über 14 Wochen erfolgreich beendet wurde.

Wir befassten uns u. a. mit

- einem möglichen Krieg im Iran,
- der Förderalismusreform nicht um jeden Preis,
- eine fortschrittliche und solidarische Reform im Gesundheitssystem,
- Friedensgespräche statt Militäreinsätze im Nahen Osten,
- Bewahrung von Augenmass bei der Terrorabwehr,
- der Sprache ist Grundvoraussetzung für Alles,
- und zuletzt mit dem „Tornadobeschluß“

Es gab Berichte vom Sonderparteitag in Berlin, wo Kurt Beck zum neuen Bundespartei vorsitzenden gewählt wurde und vom Juso Bundeskongress in Saarbrücken.

Anlässlich seines 50. Todestages gedachten wir unserem Genossen Anton Hammerbacher, dem ersten Oberbürgermeister der Stadt Erlangen nach dem 2. Weltkrieg.

Neben vieler inhaltlicher Arbeit gab es aber auch Grund zum Feiern. Ein großer Erfolg war erneut unser Sommerfest im Röthelheimpark das diesmal unter der Losung „Eine Welt: San Carlos- Erlangen“ stand. Insgesamt wurden bei SPD- Veranstaltungen 1260 Euro gesammelt.

Sehr gut besucht war die öffentliche Festveranstaltung für Willi Gehr und Martin Scheidig mit dem Landesvorsitzenden Ludwig Stiegler zur Verleihung der Georg- von- Vollmar Medaille und der August- Bebel- Uhr.

Renate Schmidt wurde der Waldemar von Knoeringen Preis verliehen. Die Laudatio hielt Gesine Schwan. Harald Krebs erhielt das Bundesverdienstkreuz.

Auch unsere Mitgliederehrung an einem Sonntagvormittag kann als Erfolg bewertet werden. Beim Geburtstagsempfang für Helmut Pfister im Haus des Handwerks fand sich unter den vielen Gästen und Freunden auch OB Dr. Balleis ein.

Der Dritte-Welt-Laden feierte sein 25 jähriges Bestehen. Ebenfalls seit 25 Jahren gibt es den Türkisch- deutschen Solidaritätsverein. Es gab einen Generationenbrunch mit AsF und Jusos. Und wer es noch nicht weiß: Alle vier Wochen nach dem Stadtrat haben wir einen Info- Stand

am Hugo mit dem neuesten Rathausprogramm der Stadtratsfraktion.

Mit unserem Demo- Transparent gegen die Südumgehung anlässlich des Besuches von Ex- Umweltminister Töpfer ist uns ein richtiger PR- Gag gelungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Rückblick auf unsere Aktivitäten zeigt: Wir sind präsent in der Stadt Erlangen. Die Erlanger SPD steht heute in der Öffentlichkeit unserer Stadt als kompetente, sympathische politische Kraft da. Wir werden als die zentrale politische Alternative gesehen, die auf der kommunalen Ebene in der Lage ist, ökologische und soziale Fehlentwicklungen in der Stadtpolitik zu korrigieren, indem sie gleichermaßen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Sachverstand mit umwelt- und gesellschaftspolitischer Verantwortung verbindet.

Unsere Erlanger SPD ist auf den übergeordneten politischen Ebenen im Land und Bund in einen kontinuierlichen Diskussionsprozess eingebunden. Die vielen Veranstaltungen und die Besuche von sozialdemokratischen Bundes- und Landespolitikerinnen und -politikern in unserem Kreisverband unterstreichen dies.

Somit lassen wir hier vor Ort keinen Zweifel daran, dass wir die sozialdemokratische Verantwortung mittragen. Wir unterstützen solidarisch unsere Genossinnen und Genossen in der Bundesregierung und in der Bundestagsfraktion. Wir lassen keinen Zweifel aufkommen, dass wir mit Nachdruck und mit aller Kraft auf Landes-, Bezirks- und Kommunalebene dazu beitragen, um aus der Oppositionsrolle herauszukommen. Und wir brennen geradezu darauf, zusammen mit der SPD-Stadtratsfraktion und unserer designierten Spitzenkandidatin für die nächsten Oberbürgermeisterwahlen Ursula Lanig einen Kurswechsel und einen Politikwechsel im Rathaus herbeizuführen.

All dies kann aber nicht heißen, dass wir unsere kritisch-solidarische Parteiverantwortung an der Garderobe der Sozialdemokratie abgeben. Rente mit 67 und Pflegenotstand, Integration, Einwanderung und Bleiberecht, Klimawandel und eine an ökologischen Erfordernissen orientierte Energie- und Verkehrspolitik – Ich finde: Es gibt noch eine Reihe von Themen an denen sozialdemokratisches Profil geschärft werden kann und muss.

Die SPD als Mitglieder- und Programmpartei wird nur dann ihre Glaubwürdigkeit und Kompetenz behalten, wenn sie in all diesen angesprochenen Bereichen Sachzwänge zwar erkennt, ihnen aber

nicht die Visionen einer solidarischen, friedlichen und verantwortlichen Gesellschaft unterordnet. Die sozialdemokratische Partei war, ist und wird immer eine Werte-, Programm- und Volkspartei sein. Unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden sind deshalb oberstes Ziel eines Manifestes für das 21. Jahrhundert.

Unser Parteivorsitzender Kurt Beck, hat es im Vorwort zum „Bremer Entwurf“ eingangs so formuliert: „Die Welt, Europa, unser eigenes Land verändern sich mit einer Wucht, der sich niemand entziehen kann. Es gilt Antworten zu geben, aber auch unsere heutigen politischen Entscheidungen zu prüfen und mit programmatischen Perspektiven zu verbinden.“

Veränderungen die uns auch vor Ort treffen, wenn ein Pharmakonzernstützpunkt mit nahezu 500 Arbeitsplätzen erst von einem Globalplayer übernommen wird, und anschließend andernorts verlegt wird. Das Beispiel BenQ hat gezeigt, wie es nicht laufen sollte. Es kann nicht sein, dass getarnt über Verkaufsaktivitäten die Risiken der Restrukturierung und der Sozialpläne ausgelagert und durch einen willkürlichen Konkurs auf Gläubiger und vor allem auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert werden. Die Siemens AG ist hier in einer nachwirkenden Verantwortung. Die Wirtschaft soll für die Menschen da sein und nicht umgekehrt.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



## Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen  
Tel. 09131/4 32 26

### Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

### Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

### Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr  
im E-Werk an der Fuchsenwiese,  
Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat  
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,  
Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat  
von 17.00 - 19.00 Uhr im  
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,  
Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden  
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr  
im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer  
Vereinbarung, Tel.: 43226  
(Montag bis Freitag von  
9.00 - 12.00 Uhr)

Gerade diese beiden Beispiele zeigen uns, wie wichtig es ist, die Menschen mitzunehmen, ihnen die notwendigen Rahmenbedingungen zu bieten und Sicherheit zu geben. Ich will dies noch an einigen Aussagen des Bremer Entwurfes verdeutlichen:

- „Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen so sehr aufeinander angewiesen“. Mit diesen Sätzen beginnt der „Bremer Entwurf“.
- „Die Globalisierung ist von Menschen gemacht und sie kann durch den politischen Willen der Menschen beeinflusst werden. Wir müssen dafür Handlungsmacht zurückgewinnen. Das erfordert vor allem ein starkes und geeintes, ein soziales und demokratisch organisiertes Europa.“
- „Wissenschaft und Technologie sind die großen Antriebskräfte menschlicher Entwicklung.“
- „Der technische und soziale Fortschritt ist unsere große Chance.“
- „Mit einer Politik der neuen Wertschöpfung, die offensiv neue Märkte erschließt, können wir ökologische Probleme überwinden, qualitatives Wachstum und Arbeit ermöglichen.“
- „Zu viele Menschen sind vom Zugewinn der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Zu viele haben keine Aussicht auf sozialen Aufstieg durch eigene Leistung.“
- „Der präventive Sozialstaat hat deshalb das Ziel, dass unser Land ökonomisch stark bleibt und sozial zusammenhält. Er investiert in die Fähigkeit der Menschen, sorgt für gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit.“
- „Auf allen Ebenen unserer Politik wollen wir die Kräfte der Selbstorganisation einer solidarischen Bürgergesellschaft entfalten. Sie sind ein großes Potenzial der sozialen Demokratie in unserer Zeit.“

Was heißt das für uns in Erlangen? Die Erlanger SPD kann und muss sich als eine kompetente und offensive Vertreterin sozialdemokratischer Politik präsentieren. Wir wollen eine klare Linie für Erlangen. Wir wollen ein neues Profil der Stadt entwickeln: Kultur und Wissen sollen Erlangen prägen.

Die Stadt als Vorbild und Garant in der Entwicklung der Innenstadt orientiert am Förderprogramm „Soziale Stadt“ soll die

Bürger in ihrer Identifikation stärken. Eine Stadt, die sich nur dem Spardiktat unterwirft, wird rasch gesellschaftlich verarmen. Erlangen darf nicht nur verwaltet werden.

Während die CSU/FDP-Mehrheit unter OB Balleis versucht, ihre Themen in die Köpfe der Bevölkerung zu bringen, die da lauten „die Stadt hat kein Geld“, „die Stadtverwaltung muss schlanker werden“, hat unsere Stadtratsfraktion bereits wichtige Impulse gegeben:

- Wir waren es, die die dringend notwendigen Schulsanierungen mit einem fünf Jahresprogramm über insgesamt 25 Millionen Euro erneut angeschoben und auf den Weg gebracht haben. Wir fördern dadurch das mittelständige Baugewerbe und schaffen so rentable Investitionen durch energetisch sinnvolle Gebäudesanierungen.
- Wir fordern den Erhalt und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durch verantwortungsvolle Nutzung der vorhandenen finanziellen Spielräume.
- Wir sehen die Abfederung der falschen staatlichen Schulpolitik durch Kinder- und Jugend-Bildung als Aufgabe der Stadt.
- Durch den Erlangen Pass wollen wir den erleichterten Zugang der zentralen (Frankenhof) und dezentralen Bildungseinrichtungen (Horte, Lernstuben), sowie eine umfassende Kinderbetreuung für alle Altersgruppen und den Ausbau von Ganztageschulen.
- Wir setzen uns ein für den Erhalt von Bildungschancen für Menschen aus allen Gesellschaftsschichten durch Stärkung der Bildungseinrichtungen, besonders der Volkshochschule.
- Statt Haushaltssanierung auf Kosten der GeWoBau fordern wir bezahlbaren Wohnraum und sozialverträgliche Mieten.
- Wir nehmen die Familienförderung als Ergebnis des runden Tisches Familie und der Kinderbeauftragten ernst, und fordern die Förderung qualifizierter Teilzeit- und Telearbeitsplätze.
- Wir sind für die Gleichstellung von Frauen und Männern und der Verankerung des Gender Mainstreaming in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Abschaffung der Bürgerinnenversammlung lehnen wird ab.

■ Wir wollen eine an der Gesundheit orientierte Mobilität fördern durch ein verstärktes Sport- und Bewegungsangebot an Schulen und Kindergärten, durch das Öffnen der Schulhöfe zu Spielhöfen auch außerhalb der Schulzeit.

■ Wir wollen den Ausbau des Erlanger Modells (Schule/ Verein) und des BIG- Projekts und fordern eine verlässliche und ausreichende Finanzierung der Übungsleiter in den Vereinen auch durch die Stadt.

■ Wir erneuern die Bestrebungen unter OB Hahlweg einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung durch Einbindung interessierter Bürgerinnen und Bürger mittels Mediationsverfahren bei Planungsvorhaben, Stadtplanung und einer umwelt- und menschenverträglichen Verkehrsplanung.

■ Unser Ziel ist ein wirksamer Lärmschutz entlang der Bahntrasse und der Autobahnen.

Eine Reihe dieser Forderungen haben wir in den letzten Wochen zur Diskussion gestellt. In insgesamt elf informativen und engagiert geführten Dialogveranstaltungen ist es uns gelungen, auf Grundlage der Halbzeitbilanz unserer Fraktion unser kommunalpolitisches Programm auf den Prüfstand zu stellen und wichtige neue Aspekte ins Blickfeld zu nehmen. Im Kommunalpolitischen Arbeitskreis ist unser Erlanger Programm mittlerweile überarbeitet und wird in zwei Programmseminaren am 24.3.2007 und 21.4.2007 endgültig beraten.

Zusammengefasst heißt das für uns: Es muss die soziale und ökologische Schiefelage in unserer Stadt zurechtgerückt werden.

Dazu haben wir die notwendigen personellen Vorentscheidungen getroffen. Mit Ursula Lanig haben wir eine OB Kandidatin, die als stellvertretende Kreisvorsitzende seit einem Jahrzehnt an herausgehobener Stelle engagiert für die Partei arbeitet, und seit 2002 in ihrer Stadtrats-tätigkeit Anerkennung gefunden und ihre Kompetenzen unter Beweis gestellt hat. Als Mitglied des Fraktionsvorstandes ist sie eine Stütze der Fraktion. Mit ihr wollen wir dafür arbeiten, dass die SPD wieder zur bestimmenden Kraft in der Erlanger Kommunalpolitik wird.

Unterstützt wird Ursel durch eine Vielzahl kompetenter Frauen und Männer, die sich für die SPD um ein Stadtratsmandat bewerben. Die SPD ist in der erfreulichen Lage, ein vielseitiges Personalangebot zu präsentieren. Ich bin überzeugt, dass unser Angebot bei den Bürgerinnen und



Bürgern dieser Stadt auf großes Interesse stoßen und gut ankommen wird.

Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, lasst mich zum Abschluss meinen Dank aussprechen.

Ich möchte mich bei den Genossinnen und Genossen in den Vorstandsgremien, in den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften für die zuverlässige Unterstützung bedanken, ohne die die Arbeit der letzten Jahre nicht möglich gewesen wäre. Auch das ist ehrenamtliche Arbeit in unserer Stadt, die es zu würdigen gilt. Euer ehrenamtliches Engagement hat zu einer anerkannten und guten Stellung der SPD in Erlangen beigetragen.

Besonders bedanke ich mich an dieser Stelle auch bei den Mitgliedern des Kreisvorstands. Lasst mich stellvertretend besonders Ursula Lanig und Dieter Rosner hervorheben, ohne die die vielfältigen Vorsitzendenaufgaben nicht hätten erfüllt werden können. Vorstandsarbeit in der Erlanger SPD ist eine solidarische Teamarbeit ist, in der es mehr denn je um geschlossenes Zusammenwirken geht.

Ich bedanke mich bei den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der Erlanger SPD, bei unserer Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt, bei unserem Landtagsabgeordneten Wolfgang Vogel, und unseren Betreuungsabgeordneten im Bezirkstag Dr. Horst Krömker.

Ich danke Gisela Niclas, Florian Janik und der SPD-Stadtratsfraktion für die inhaltlich zuverlässige und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Ich bedanke mich bei den Beschäftigten unserer Partei auf den verschiedenen Ebenen, die unser gemeinsames politisches Anliegen auch zu ihrem beruflichen gemacht haben.

Hier wurde und wird viel an Zu- und Zusammenarbeit geleistet, ohne die weder das Ehrenamt noch das politische Mandat funktionieren können.

Ich bedanke mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Erlanger Presse, die zuverlässig, kontinuierlich und sicher auch aus ihrer Sicht stets objektiv über unsere Arbeit berichtet haben.

Last but not least danke ich allen Mitgliedern unserer Partei, den – in Anführungszeichen „nur“ – zahlenden passiven ebenso wie den aktiv arbeitenden, denen, die sich bisher in meinem Dank noch nicht wieder gefunden haben. Ohne Euch gäbe es weder den finanziellen noch den organisatorischen Rahmen für unsere Arbeit.

Zusammen mit dem Vorstand, zusammen mit vielen engagierten Genossinnen und Genossen in den Vorstandsgremien und zusammen mit Euch allen treten wir an, um vor allem hier in Erlangen endlich wieder für die Menschen in unserer Stadt all die Fehler zu korrigieren, die die schwarz-gelben Mehrheiten seit 1996 zuhauf produziert haben und die sich für die Zukunft unserer Stadt als fatal erweisen.

Und gerade hier in Erlangen warten doch die Bürgerinnen und Bürger auf eine SPD, die ausmistet, die gerade biegt und zu recht rückt, was in falsche Richtungen ver- und gerückt worden ist!

Und ich verspreche dieser Noch-Mehrheit: Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten nicht nachlassen, ihnen ihre Fehler und Schwächen wie in einem Spiegel vorhalten. Und wir werden

zuverlässig und kompetent unsere eigenen Alternativen dazu entwickeln, vorstellen und mit der Kommunalwahl 2008 durchsetzen.

Und heute, liebe Genossinnen und Genossen, heute muss ein weiterer wichtiger Schritt dazu gemacht werden. Wir brauchen ein bewährtes Team in der Vorstandschaft. Ich bitte Euch deshalb um Euer Vertrauen bei den Vorstandswahlen. Ich bitte um Euer Vertrauen für eine Vorstandschaft, die aufbauend auf dem bisher Erreichten weiterarbeiten will. Ich bitte Euch um Unterstützung, um mit Euch gemeinsam und unbeirrbar dieses wichtige Ziel anzugehen: Damit die SPD 2008 die bestimmende politische Kraft in Erlangen wird Miteinander und in Geschlossenheit können wir dies erreichen.

Freundschaft!



Einladung zur öffentlichen Veranstaltung

# Pflegeversicherung Bewertung und Ausblick

es referiert:

## Horst Schmidbauer MdB a.D.

Gesundheitsexperte der SPD

Anschließend Diskussion

Montag, 14. Mai um 16.00 Uhr  
Im Haus der Gesundheit Dreycedern  
Erlangen  
Am Altstädter Kirchenplatz 6

60 plus  
SPD

# Rede bei der Ostermarsch-Kundgebung in Erlangen

Von Andreas Richter, Friedensbeauftragter der SPD Erlangen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Ich darf mich am Anfang kurz vorstellen: Mein Name ist Andreas Richter, ich bin Friedensbeauftragter im Kreisvorstand der SPD Erlangen und verrete diese daher im Erlanger Bündnis für den Frieden. Zudem bin ich Vorsitzender des Juso-Unterbezirks Erlangen.

Auch in diesem Jahr gibt es als Grund für die Ostermärsche neben der grundsätzlichen Forderung nach Abrüstung und für zivile Konfliktlösung leider wieder aktuelle kriegerische Auseinandersetzungen bzw. drohende Gefahren.

Vor einem Monat hat der Deutsche Bundestag gegen den Willen von über zwei Dritteln der Bundesbürgerinnen und -bürger entschieden, Tornados nach Afghanistan zu entsenden. Diese sollen Ziele auskundschaften, die anschließend bombardiert werden. Entgegen mancher leicht durchschaubarer Propaganda ist völlig klar, dass dies einen aktiven Kampfeinsatz der Bundeswehr darstellt.

Es wird wieder zu so genannten „Kollateralschäden“ kommen und der Konflikt wird weiter angeheizt werden. Verbunden damit wird auch die Terrorgefahr in Deutschland steigen. Da hilft auch keine Totalüberwachung wie sie Innenminister Schäuble und die CDU/CSU wollen. Mehr Sicherheit kann nur durch zivile Konfliktlösungsstrategien anstelle von Kriegseinsätzen erreicht werden.

Der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, auch mit den Taliban Verhandlungen aufzunehmen, ist in diesem Sinne zu begrüßen. Er kann allerdings nur funktionieren, wenn nicht gleichzeitig der Krieg durch den Einsatz der Tornados noch ausgeweitet statt beendet wird. Beck hätte sich hier ebenso wie ein Drittel der SPD-Bundestagsfraktion – darunter auch unsere Erlanger Abgeordnete Renate Schmidt – klar gegen den Tornado-Einsatz aussprechen müssen. So bleibt sein Vorschlag zwar richtig, aber unvollständig.

Ein weiterer Konfliktpunkt ist noch immer der Iran. Die Gefahr eines Krieges ist weiter vorhanden und wird sogar immer weiter erhöht. So wurde der Konflikt durch die Verhängung von Sanktionen weiter verstärkt. Zudem haben die USA ihre Militärpräsenz in der Region erhöht. Auch

der jüngste Vorfall mit der Entführung der britischen Soldatinnen und Soldaten zeigt die zugespitzte Lage.

Die Bundesregierung muss sich hier genauso klar gegen einen Militäreinsatz aussprechen wie es Rot-Grün gegen den Irak-Krieg getan hat. Die derzeitige deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss dazu genutzt werden, eine zivile Konfliktlösung voranzubringen. Hierzu bedarf es einer internationalen Konferenz für den Nahen Osten, auf der Grundlage der berechtigten Sicherheitsinteressen aller Beteiligten.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Kriege können nämlich auch keine Konflikte lösen, wie man im Irak, in Afghanistan oder auch im Kosovo sieht.

Aus diesem Grund darf es auch in einer EU-Verfassung nicht zur Festschreibung einer militärischen Ausrichtung der EU kommen. Nötig ist vielmehr endlich die Stärkung ziviler Konfliktlösungsstrategien.

Dazu gehört auch, die grundlegenden globalen Probleme wie Umweltzerstörung, Klimawandel, die zukünftige Energieversorgung, Hunger und Unterentwicklung durch eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung anzugehen.

Hier muss gehandelt werden statt weltweit über 1 Billion Dollar pro Jahr für Rüstung zu verschwenden, wie es z. Zt. der Fall ist.

Und auch in unserem Land bekommt die Bundeswehr über 27 Mrd. Euro. pro Jahr. Gleichzeitig werden Sozialkürzungen mit der Begründung, es sei kein Geld da, durchgepeitscht.

Nun komme ich zum Ende noch auf die Äußerungen der Vorsitzenden der Grünen, Claudia Roth, zu sprechen. Wenn Roth die Ostermarschaufrufe mit den Worten, es werde zu wenig über zivile Konfliktlösungen gesprochen, kritisiert, so frage ich mich, welche Aufrufe sie denn gelesen hat?

Wie hier in meinem Beitrag ist in den Ostermarsch-Texten ständig die Rede von ziviler Konfliktlösung. Gleichzeitig muss aber auch die Ablehnung jeglicher Kriegseinsätze klargemacht werden – ob dies Frau Roth nun passt oder nicht.

Zum Schluss will ich noch einmal betonen: Es gibt Alternativen zum kriegerischen Weg – global wie lokal. Diese müssen angegangen werden.

Vielen Dank!

## Filmfestival „ueber arbeiten“ vom 10.-16. Mai 2007 im Manhattan-Kino, Erlangen

Das Filmfestival „ueber arbeiten“ ist Teil des Gesellschafter-Projekts der Aktion Mensch. Dieses Projekt fordert mit der Frage „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ zur aktiven Gestaltung unserer Gesellschaft auf.

„ueber arbeiten“ präsentiert elf Dokumentarfilme, die die Themen Arbeit, Wirtschaft und Globalisierung umkreisen. Sie geben diesen Schlagworten Gesichter und Stimmen: Sie lassen die Menschen zu Wort kommen, die täglich mit den Auswirkungen der Verschiebung des Arbeitsbegriffs und der zunehmenden globalen Verflechtung auf ihr Leben, ihre Arbeitswelt und ihr wirtschaftliches Handeln konfrontiert sind; sie stellen Menschen vor, die sich nicht mit den Verhältnissen abfinden, sondern sich mit ihnen auseinandersetzen; sie machen erfahrbar, dass Arbeit mehr bedeutet als nur die Sicherung des Lebensunterhalts.

Das Filmfestival zeigt globale Verbindungen zwischen den verschiedensten Lebens- und Arbeitswelten und die internationalen Verflechtungen von Großkonzernen. Und es gibt Denkanstöße für mögliche Formen des Zusammenlebens in einer Gesellschaft, deren Erscheinungsbild nicht zuletzt vom Engagement und von der Solidarität des Einzelnen abhängen.

Drei der Filmvorführungen finden in Kooperation mit dem Dritte Welt Laden Erlangen e. V. und der attac-Regionalgruppe Erlangen statt. Im Anschluss an die Filme stehen VertreterInnen zur Diskussion zur Verfügung. Auch gibt es die Möglichkeit für Schulvorstellungen am Vormittag. Bei Interesse bitte melden bei Julie Mildemberger, Dritte Welt Laden Erlangen, Neustädter Kirchenplatz 7, Tel. 23266

Weitere Informationen zum Festival unter <http://diegesellschafter.de/filmfestival/>



**Vorsitzender:**  
Christofer Zwanzig  
Telefon: 4003764  
e-Mail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

## Anger

Liebe GenossInnen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

### Mitgliederversammlung am Mittwoch, 23.05., um 20.00 Uhr, im Angerwirt (Guh- mannstr. 10)

Der Distriktvorstand trifft sich bereits  
um 19.30 Uhr.

#### Vorschlag für die Tagesordnung

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008

3. Grundwerte, Wirtschaft, Arbeit und  
Soziales im neuen SPD Grundsatz-  
programm
4. Projekt Mitgliederwerbung
5. Sonstiges

Bitte besucht nach Möglichkeit auch  
folgende Termine am Anger

- 05. Mai 2007, ab 10.00 Uhr: Haus-  
party des Bürgertreffs Isarstraße  
zum 15jährigen Jubiläum
- 10. Mai 2007, 17.00 Uhr: Bege-  
hung mit dem Spielplatzbüro zur  
Neugestaltung des spielplatzes an  
der Isarstraße

Für den Distriktvorstand mit solidarischen  
Grüßen

Sandra Radue und Christofer Zwanzig



**Vorsitzende:**  
Heike Fischer  
Telefon: 09135-6269

## Dechsendorf

### Distriktsversammlung am Dienstag, 08.05., um 20:00 Uhr, Gasthof Rangau

#### Tagesordnung:

1. Aktuelles,
2. Organisation des Wahlkampfes im  
Distrikt,
3. Erörterung des kommunalpolitischen  
Programms,
4. Vorbereitung des Plakats für das  
Sommerfest,
5. Verschiedenes.

Für den Vorstand  
Wolfgang Schwerna



**Vorsitzender:**  
Manfred Jelden  
Teefon: 601333  
e-Mail: manfred.jelden@nefkom.net

## Eltersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen,  
unser nächstes Distriktstreffen ist am

### Dienstag, 15. Mai um 20:00 Uhr im Schützenhaus

#### Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand  
Manfred Jelden

## Frauenaaurach



**Vorsitzende:**  
Gabi Dorn-Dohmstreich  
Telefon: 992114  
e-Mail: dohmstreich@nefkom.net

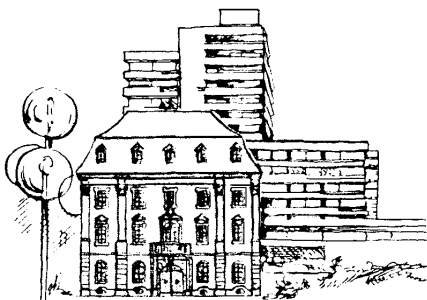
Einladung zur

**öffentlichen Distriktver-  
sammlung des Distrikts  
Frauenaaurach am  
Dienstag, den 15. Mai,**

**20 Uhr  
im AWO-Raum, Gaisbühl-  
str. 4.**

Thema: Neunutzung des Kraftwerksge-  
ländes

## Innenstadt



**Vorsitzende:**  
Barbara Pfister  
Telefon: 502481  
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Unsere nächste Mitgliederversamm-  
lung findet statt am

**Dienstag, 15. Mai,  
20 Uhr,  
„Kulisse“, Theaterstraße.**

Wir wollen diesmal über den Entwurf  
des neuen **SPD-Grundsatzprogramms**

diskutieren, insbesondere über die  
Schwerpunkte **Wirtschaft/Arbeit/Sozia-  
les** sowie **Frieden/Europa**.

Zum Vormerken: Distriktsitzung im  
Juni am Dienstag, 12.6.

Für den Vorstand  
Barbara Pfister

## Ost



**Vorsitzender:**  
Jochen Kraft  
Telefon: 6146287  
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung  
am Dienstag, den  
22.05.2007, 20.00 Uhr  
in der Waldschänke  
Lange Zeile 104**

Jochen Kraft

## SPD-Erlanger Mitte

Aufgrund der Vielzahl an Terminen,  
Feiertagen und dem Auftakt zur 5. Er-  
langer Jahreszeit findet im Mai kein  
Treffen statt.

Wir laden Euch bereits jetzt ein zum  
nächsten

**Mitte-Gespräch  
am Dienstag, 05. Juni,  
20.00 Uhr,  
im Nebenzimmer der  
Waldschänke, Lange  
Zeile 104**

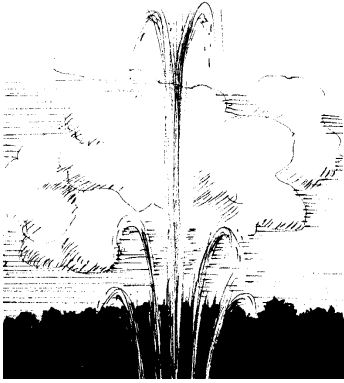
Ursula Lanig Jochen Kraft

**Redaktionsschluss für die  
Ausgabe Juni 2007:  
23. Mai 2007**

## Kreisvorstand:

- Mittwoch, 09. Mai, 20.00 Uhr, BSC  
Erlangen, Schallershofer Str. 70a
- Donnerstag, 21. Juni, 20.00 Uhr

**Süd**



**Vorsitzende:**  
Brigitte Rohr  
Telefon: 4000974

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer  
nächsten

**Distriktssitzung  
am Mittwoch, 09.05.  
um 18:00 Uhr,  
Biergarten Röthelheim**

Die Tagesordnung wird aktuell beschlos-  
sen.

Bitte beachtet den früheren Zeitpunkt!

Wir freuen uns auf Euer Kommen!

Für den Vorstand  
Brigitte Rohr

**Tennenlohe**



**Vorsitzender:**  
Rolf Schowalter  
Telefon: 601924  
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung  
am Dienstag, 15.05.,  
20.00 Uhr,  
Schloßgaststätte**

**Tagesordnung:**

1. Aktuelles.
2. Berichte.
3. Überarbeitung unseres Distriktpro-  
gramms
4. Bürgerfragebogen für Tennenlohe?
5. Verschiedenes.

Weitere Termine: 12.6.(Am Bach 17)

Für den Vorstand  
Rolf Schowalter

**West**



**Vorsitzender:**  
Gerd Peters  
Telefon: 44366  
e-mail: gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
wir möchten Euch herzlich einladen zu  
unserer nächsten

**öffentlichen Distriktsver-  
sammlung  
am Dienstag, 15. Mai,  
20:00 Uhr  
„Zur Einkehr“ (Güthlein) –  
Saal**

schreiten voran. **Wir wollen** im Rahmen  
einer öffentlichen Versammlung **mit dem  
kaufmännischen Vorstand der Erlanger  
Stadtwerke, Herrn Exner, über Planun-  
gen der Stadt und Wünsche und Anre-  
gungen der hoffentlich zahlreiche anwe-  
senden Bürgerinnen und Bürgern des  
Stadtwestens diskutieren.**

Es wäre schön, wenn Ihr Euch zahl-  
reich an dieser Diskussion beteiligen wür-  
det!

Im Auftrag des Vorstands verbleibe ich mit  
herzlichen Grüßen  
Gerd Peters

**Thema ist das künftige neue Hallen-  
bad beim Freibad West. Die Planungen**



**Vorsitzende:**

Michelle Starck  
Telefon: 0160-1114780  
e-Mail: mitch\_ave@yahoo.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
unsere nächsten Termine:

- 15.5. Wir wollen ein paar Leute vom Jugendparlament einladen (20:00 Uhr im ABH)
- 29.5. Jusos am Berg! (18:00 Uhr Eiscafé Venezia)
- 12.6. Obdachlosigkeit in Erlangen (20:00 Uhr im ABH)

Sozialistische Grüße  
Michelle

## Protokoll der Juso-Sitzung vom 17.4.07

Anwesend: Julia, Andreas, Sylvia, Floh, Gunnar, Philipp, Michelle

**Erstens: Frauen!**

Gunnar stellt einen Artikel aus der Zeit vor, welchen er gerne noch einmal über den Verteiler schickt.

Der Artikel handelt von der (nicht wirklich existenten) Gleichstellungspolitik der großen Koalition. Stichwort: Familien- statt Frauenpolitik

### 2. Berichte

- Geschäftsführerin für das Fraktionsbüro gesucht (Mail von Karin beachten)
- Das JuPa hatte beim Stadtrat beantragt in gewissen Ausschüssen dabei sein zu dürfen

### 3. Ausländerbeirat

José referiert. Allgemeines:

- existiert seit 30 Jahren
- er hat besonders die Aufgabe die ersten Bedürfnisse der MigrantInnen zu decken
- weitere Themen sind Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Asylpolitik, Religionskonflikte

Ausländerpolitik konkret in Erlangen:

- Aktion: Erstellung eines Integrationsleitbildes
- die größten Bevölkerungsgruppen mit MigrantInnenhintergrund, stammen aus Italien, der Türkei und aus Griechenland
- kleinere Gruppen werden oftmals als exotische und damit als interessante wesen angesehen, während größere MigrantInnengruppen oftmals eher als Problem gesehen werden

- Vorurteile gegenüber Ausländerinnen und Ausländern müssen dringend abgebaut werden
- Es kann zu Konflikten zwischen den Gruppierungen kommen (z.B. Religionsfragen)
- In Erlangen ist die akademische Schicht sehr stark vertreten. Gehörst du dazu ist alles okay. Bist du nicht so gebildet, ist es schwieriger für dich dich integrieren

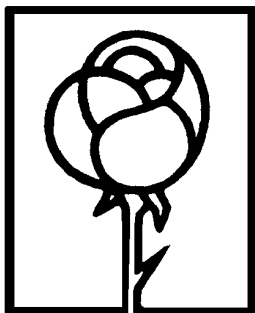
### 4. Antrag von Andreas Richter

Es geht um die Verlängerung des Alkoholverbots in der Erlanger Innenstadt, welche wir mit diesem Antrag einstimmig (4 Stimmberechtigte) abgelehnt haben. Der Antrag soll noch der KMV am 10. Mai vorgelegt werden.

Andreas ist bestimmt so nett und schickt den Antrag noch über den Verteiler und schreibt eine PM dazu.

### 5. Sonstiges

- Zum G8- Gipfel gibt es eine Veranstaltungsreihe: Achtet auf blaue Flyer!!! (schaut z.B. mal im Cycles, da liegen sie aus) Internetseite: [www.gemeinsam-gegen-g8.tk](http://www.gemeinsam-gegen-g8.tk)
- 1. Mai: Nazis sind Nürnberg = Jusos Erlangen gehen hin = Michelle sagt euch wegen Treffpunkt noch per Mail Bescheid. Es gibt dieses Jahr lediglich die „bürgerliche“ Variante einer Kundgebung. Diese findet um 13.30 Uhr an der Lorenzkirche statt.



ASF

Einladung zur

## Sitzung der AsF am Mittwoch, 2. Mai 2006, 20:00 Uhr Gemeinderaum beim Dritte-Welt-Laden, Neustädter Kirchenplatz 7

### Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Reihung der Stadtratskandidatinnen
3. Vorbereitung Kommunalwahl: Aktueller Stand
4. Sonstiges

Für den AsF-Vorstand  
Hildegard Gröger

Terminvorschau: Die AsF trifft sich am Mittwoch, den 13. Juni 07, um 20:00 Uhr im August-Bebel-Haus zum Thema „Geschlechtergerechtigkeit und G 8 (gemeint sind die 8 wirtschaftlich stärksten Staaten, nicht das 8-jährige Gymnasium)“

Für den Vorstand  
Gabi Dorn-Dohmstreich

**Vorsitzende:**

Johanne Behringer  
Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114  
Gunda Gerstenmeyer  
Hildegard Gröger, Telefon 502415  
Birgit Hartwig Tel.: 55939  
Julie Mildenerberger Tel.: 23435  
Barbara Pfister, Telefon 502481

# Mythen der Globalisierung

## Diskussionspapier des Linken Forums in der SPD Erlangen

Unter Globalisierung versteht man den Prozess einer zunehmenden globalen Vernetzung von Menschen, Märkten, Institutionen und Staaten. In einem knappen Argumentationspapier kann dieses Phänomen nur unvollständig behandelt werden. Aufgezeigt werden soll: Ideologisch genutzt werden die Globalisierungsprozesse zu angeblich unabänderlichen, "objektiven" Sachzwängen stilisiert, die die gegenwärtig vorherrschende Politik zur einzig denkbaren erheben.

Wie sich mit Hilfe der Unterscheidung zwischen den Entwicklungen der Realökonomie einerseits und der Finanz- und Kapitalmärkten andererseits zeigen lässt, führt der Begriff in die Irre. Der verschärfte Konkurrenzdruck auf die nationale Wirtschaft entwickelt sich nicht etwa durch den Wettbewerb mit Schwellenländern, sondern durch politisch gewollte Liberalisierungen und eine immer stärkere gegenseitige Durchdringung der entwickelten Wirtschaftsräume selbst.

Bei der Globalisierung handelt es sich somit keineswegs um ein grundsätzlich neues Phänomen, sondern lediglich um eine neue, neoliberalistisch geprägte Stufe der kapitalistischen Vergesellschaftung/Internationalisierung durch Kapitalisierung aller Lebensbereiche und Räume unter Indienstnahme und Inwertsetzung der neuen technologischen Entwicklungen.

**Behauptet wird:** Deutsche Unternehmen wandern ins Ausland ab, weil beispielsweise die Löhne zu hoch seien.

**Richtig ist:** Die deutsche Wirtschaft ist überaus konkurrenzfähig. Statistisch lässt sich eine Abwanderung deutscher Investitionen in „Billiglohnländer“ nicht feststellen. Ein Großteil (83,4%) deutscher Investitionen geht in hochentwickelte Industrieländer (2003: EU 45,2 %; USA 33,6 %, Schweiz/Japan/Kanada 4,6%), deren reale Lohnstückkosten (Arbeitskosten in Relation zur Produktivität) Deutschland teilweise sogar unterbietet. Die deutschen Direktinvestitionen ins Ausland sind als Folge erfolgreicher Exportstrategien zu betrachten und sollen hinzugewonnene Absatzmärkte sichern oder neue erschließen.

**Behauptet wird:** Deutschland sei für ausländische Investoren nicht interessant. Gefordert werden deshalb niedrigere

Steuern, eine Deregulierung der Arbeitsmärkte etc.

**Richtig ist:** Tatsächlich sind die Ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland (2003: 306 Mrd. Euro) erheblich geringer als die deutschen Direktinvestitionen im Ausland (2003: 665,8 Mrd. Euro). Die deutsche Wirtschaft ist für ausländische Investoren vor allem aber deshalb nicht interessant, weil die deutsche Konkurrenz äußerst wettbewerbsfähig ist und den Markt bereits unter sich aufteilt.

**Behauptet wird:** Die deutsche Wirtschaft ist international nicht konkurrenzfähig und müsse Unternehmensabgaben und Löhne auf Grund des Konkurrenzdrucks senken.

**Richtig ist:** Deutsche Unternehmen exportieren in einer einheitlichen Währung gerechnet insgesamt mehr Waren als irgendein anderes Land der Welt. Rechnet man Dienstleistungsexporte zu den Warenexporten hinzu, liegt Deutschland auf dem zweiten Platz hinter den USA.

Auch die Verflechtungen der Exportwirtschaft machen deutlich, dass es sich bei der Globalisierung in erster Linie um einen Prozess verstärkter regionaler Vernetzung handelt: 70,4 % der deutschen Exporte gingen 2002 in die EU, die Schweiz und Ostmitteleuropa. Weiter 10,3 % gingen in die USA.

**Behauptet wird:** Die Entwicklung der Finanzmärkte macht die nationalstaatliche Politik handlungsunfähig.

**Richtig ist:** Im Bereich der Finanzmärkte ist die Internationalisierung tatsächlich am weitesten vorangeschritten. Die Finanzmärkte sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten sehr viel schneller gewachsen als Produktion und Handel. Ursache dafür ist vor allem die ungerechte Verteilungspolitik, die zu einer Schwächung der Arbeitnehmerinnen und zur Stärkung der Gewinneinkommen und deren Fluss in die Finanzmärkte führt. Von den täglich auf den Devisenmärkten gehandelten 1,2 Billionen US-Dollar dienen allenfalls fünf Prozent der Finanzierung von Handelsgeschäften und Direktinvestitionen. Der große Rest sind Spekulationsgeschäfte zwischen international operierenden Finanzinstituten, die nur sehr mittelbar mit den realen Prozessen der Produktion zu tun haben. Einher geht diese Ex-

pansion der Weltkapitalmärkte mit einem Konzentrationsprozess von großen Finanzmassen auf wenige finanzstarke institutionelle Anleger wie Banken und Pensionsfonds, die massiven Druck auf die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik aufbauen können. Der zunehmende Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anlageformen für Finanzkapital hat zudem Auswirkungen auf die Unternehmenspolitik, die sich nur noch an den Interessen der Aktionäre (Shareholder Value) orientiert.

All diese Entwicklung sind jedoch kein Naturgesetz, sondern durch die seit den 70er Jahren durchgeführten Deregulierungen zu erklären, im Zuge derer das nach dem Zweiten Weltkrieg festgesetzte Fixkursystem (Bretton-Woods-System) aufgelöst und zu einem System flexibler Wechselkurse übergegangen wurde.

Die Schaffung stabiler Währungsbeziehungen ist ein zentrales Regulierungserfordernis (z.B. durch die Festlegung von Zielzonen für die Wechselkurse), um den Außenhandel zu stärken und die Spekulation einzudämmen.

Um Währungsspekulationen zu verhindern, ist die Einführung eines einheitlichen Steuer auf alle Umtauschaktionen zwischen Währungen nötig (Tobin-Tax). Es ist abzulehnen, die sozialen Sicherungssysteme durch Privatisierung den Entwicklungen der Kapitalmärkte auszuliefern oder wie im Falle großer US-amerikanischer Pensionsfonds zum Motor des Shareholder-Denkens zu machen. Gerade eine wichtige Volkswirtschaft wie die Bundesrepublik Deutschland hat hier wichtige Einflussmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume.

**Behauptet wird:** In der globalisierten Welt ist der Nationalstaat nicht mehr handlungsfähig

**Richtig ist:** Neoliberalen Politikern geht es nicht um "weniger Staat", sondern um einen anderen Staat. Der nationale Wettbewerbsstaat kann entgegen der neoliberalen Marktrhetorik nicht auf staatliche Eingriffsmöglichkeiten verzichten: Garantie rechtlicher Rahmenbedingungen, z. B. von Eigentum, von "Sicherheit und Ordnung", andererseits Ausbau der Möglichkeit zur "Intervention" nach außen (Neomerkantilismus und Militarisierung).

Fortsetzung nächste Seite unten

# Globalisierung und Klimaschutz

## Leserbrief von Helmut Riekert

Es ist zwar erfreulich, dass im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm unserer Partei unter der Überschrift „die Globalisierung gestalten“ auch die Probleme der Umweltschädigung angesprochen werden, etwa mit der Forderung „wir brauchen auf internationaler Ebene ein Gremium, das für wirkliche Koordinierung und Kohärenz in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen sorgt“ oder „Bei der Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards beziehen wir die Macht der Verbraucher bewusst mit ein. Alle Produkte und Dienstleistungen, die nachweisbar unter Beachtung internationaler Arbeitsschutzregeln, der Kernarbeitsnormen und durch ökologisch nachhaltige Fertigung produziert und angeboten werden, sollen ein leicht erkennbares und verständliches Gütesiegel erhalten.“

Im Fragebogen zum Grundsatzprogramm wird allerdings das Thema Umwelt nicht mehr angesprochen. Unter der Überschrift, eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung“ wird nur nach der Zustimmung zu folgender Aussage ge-

Die Nationalstaaten und die Politik stehen der internationalen ökonomischen Entwicklung nicht ohnmächtig gegenüber (sonst könnten sie sie ja auch nicht im neoliberalen Sinne unterstützen und fördern!). Die finanzpolitischen Instrumente (Steuer-, Geld- und Zinspolitik) stehen z.T. auf nationalstaatlicher oder z.B. EU-Ebene zur Verfügung, können und müssen aber durch Kooperation und Koordination „internationalisiert“ werden.

Die einseitige Außenorientierung der Wirtschaftspolitik muss durch eine Stärkung der binnenwirtschaftlichen Potentiale ersetzt werden. Eine alternative Außenwirtschaftspolitik darf nicht auf eine ständige Steigerung der Rekordüberschüsse im Außenhandel setzen, sondern auf internationale Kooperation und mittelfristig ausgeglichene Leistungsbilanzen.

Eine öffentliche Investitionsoffensive ist notwendig, ebenso eine verstärkte Binnenmarktorientierung und die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Der Sozialstaats ist als konjunktureller Stabilisator und materielle und soziale Voraussetzungen für Gleichstellung in Beruf und Familie zu verteidigen und auszubauen.

fragt: „Unser Ziel ist eine Globalisierung, die faire und wirksame Regeln für Finanz-, Rohstoff- und Warenmärkte aufstellt und den Menschen Wohlstand und Entwicklung bringt.“

In den EN vom 3.14. März 2007 wird beschrieben, wie Krabben über eine Entfernung von 6000 km nach Marokko und zurück transportiert werden, Schnittlauch zum Verpacken nach Kenia, Kartoffeln zum Waschen nach Polen. Derartige Transporte führen zur Verstopfung unserer Fernstraßen mit Lastern, diese haben einen beträchtlichen Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß zur Folge, über dessen Reduzierung in Politik und Medien rege debattiert wird.

Die Befürworter der Nahrungsmitteltransporte können sagen. mit diesen verschaffen wir den Menschen in den Entwicklungsländern ein Einkommen, sie bringen ihnen Wohlstand und Glück. Anscheinend können wir also der erwähnten Frage unsere volle Zustimmung geben.

Wir sollten aber nach meiner Meinung dabei folgendes bedenken: die Verarbeitung von Lebensmitteln in den Entwicklungsländern ist ja nicht die Folge selbstlosen Handelns, sie hat zur Voraussetzung die Behinderung wenn nicht Verhinderung einer eigenständigen Entwicklung dieser Länder durch Auflagen der WTO, an denen auch die EU beteiligt ist. Öff-

nung des Marktes, Verbot der Unterstützung der heimischen Industrie, Ruin der Landwirtschaft durch subventionierte Agrarexporte in diese Länder.

Vielleicht sollten wir uns daran erinnern, dass die Voraussetzung für das Wirtschaftswunder in den 1950er Jahren der Schutz der heimischen Industrie war.

Wenn also unsere Partei in den Fragen des Klimaschutzes und der gerechten Globalisierung glaubwürdig sein soll, muss sie sich dafür einsetzen, dass die Lebensmitteltransporte z.B.: durch Verteuerung des Transports behindert werden, dass das geforderte Gütesiegel für Produkte, die nachweisbar unter Berücksichtigung internationaler Arbeitsschutzregeln und in ökologischer Fertigung produziert werden, erweitert wird durch den Hinweis aus

Lebensmitteltransporte der geschilderten Art, vor allem aber dafür, dass den Entwicklungsländern eine Entwicklung ermöglicht wird, die nicht auf der Zerstörung ihrer Umwelt durch den Anbau von ausschließlich für den Export bestimmten Pflanzen, - cash- crops- beruht. Dazu gehört auch der Anbau von Pflanzen für die Herstellung von Biodieselmotorkraftstoff.

Diese Probleme sollten nach meiner Meinung auch im Fragebogen zum Grundsatzprogramm thematisiert werden.

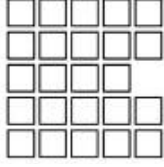
## Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir gratulieren herzlich allen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen Euch für Euer nächste Lebensjahr alles Gute.

- 03.05. Herbert Micheler  
60 Jahre
- 06.05. Christian Frank  
80 Jahre
- 15.05. Wilhelm Horn  
60 Jahre
- 15.05. Gerhard F.P. Müller  
86 Jahre
- 25.05. Gerlinde Uhl  
72 Jahre
- 27.05. Luer Rietzsch  
60 Jahre
- 27.05. Karin Sichel  
65 Jahre
- 31.05. Gisela Jellici  
73 Jahre





### Wider das Vergessen: „Stolpersteine“ endlich auch in Erlangen!



Am 8. Mai 2007 jährt sich zum 62. Mal der Tag der Befreiung vom Faschismus. Das ist ein Datum, dass wir nie vergessen dürfen. In diesem Jahr hat es für uns Erlangerinnen und Erlanger noch eine weitere, besondere Bedeutung: Seit dem 12. April erinnern die ersten „Stolpersteine“ vor ehemaligen Wohnhäusern von Erlanger Opfern des Naziregimes an die ermordeten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, weitere sollen an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet noch folgen. „Gerade dass die Stolpersteine dort verlegt werden, wo die Opfer einst als Bürger dieser Stadt lebten, hält die Erinnerung an die Verbrechen gegen die Menschlichkeit wach“, so Ursula Lanig, kulturpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und designierte OB-Kandidatin der SPD. Bereits vor zwei Jahren hatte die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, auch in Erlangen Stolpersteine zu verlegen und sich damit an der bundesweiten Aktion des Kölner Künstlers Gunter Demnig zu beteiligen. Im Rahmen einer umfassenden Diskussion über die Zielsetzung der

Aktion konnte sowohl im Stadtrat als auch in der Bürgerschaft eine breite Akzeptanz erreicht werden. Die SPD-Fraktion dankt allen Fraktionen im Erlanger Stadtrat für den politischen Konsens sowie den Bürgerinnen und Bürgern – insbesondere Frau Ilse Sponzel, der Beauftragten der Stadt Erlangen für die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern – die mit engagierter ideeller und finanzieller Unterstützung diese Aktion möglich gemacht haben.

### SPD-Erfolg: Familien erhalten kostenlose Windelsäcke

Die Stadt Erlangen will familienfreundlichste Stadt Bayerns werden, und die SPD macht es konkret: Zu Beginn des Umweltjahres 2007 (RT Nummer 1/2007) informierte die SPD-Stadtratsfraktion über ihren Antrag, Familien mit Babys und Kleinkindern kostenlose Windelsäcke zur Verfügung zu stellen. Durch diese Maßnahme sollen Familien entlastet werden, die aufgrund der größeren Müllmenge durch Einwegwindeln höhere Müllgebühren bezahlen müssen. Dieser familienfreundlichen Idee konnten sich die anderen Fraktionen nicht verschließen: Ab dem nächsten Haushaltsjahr, also ab dem 1.1.2008, erhält jede Erlanger Familie mit Neugeborenen entweder 15 kostenlose Windelsäcke pro Kind oder einen Förderbeitrag für Windelwaschdienste im Wert von 60 Euro. Birgit Hartwig, Sprecherin für Kinder, Jugend, Familie und Freizeit: „Ob Umweltjahr oder familienfreundliche Stadt – die SPD zeigt, wie es geht!“

### SPD-Fraktion gegen Schnellschuss beim Parkleitsystem – Zustimmung nur mit großem Vorbehalt

Seit Jahren setzt sich die SPD-Fraktion für die Einführung eines Parkleitsystems in Erlangen ein. In diversen Haushaltsanträgen beantragte die Fraktion entsprechende Finanzmittel. Immer wieder lehnte die CSU/FDP-Mehrheit ab. Erst mit dem Angebot der Firma Siemens bot sich dann doch noch eine Möglichkeit, ein solches System unter der Betriebsführung der ESTW in Erlangen aufzubauen. Dieses Konzept sah in seiner ursprünglichen Funktion genau das vor, was die SPD-Fraktion nach wie vor für unerlässlich hält: Ein Parkleitsystem, gekoppelt an eine Parkraumbewirtschaftung, die alle Parkplätze – private wie öffentliche – umfasst! Diese sind mit Schranken zu versehen, sodass eine genaue Erfassung vorgenommen werden kann.

Bis zur Stadtratssitzung am 26. März, in dem die Grundsatzentscheidung getroffen wurde, hatte sich dieses Konzept leider gravierend verändert: Es ist jetzt nur noch von einem Parkleitsystem die Rede. Auch die Schranken, mit denen eine genaue Erfassung vorgenommen hätten werden können, sind nicht mehr vorgesehen. Stattdessen wird mit der jetzt geplanten Technik („doppelte Induktionsschleifen“) ein täglicher manueller Datenabgleich notwendig werden. Außerdem sind z.B. das Parkhaus hinter dem Rathaus und das Parkhaus Fuchsenwiese in das geplante Konzept nicht eingebunden.

Die Beschlussvorlage ließ zunächst offen, wer den notwendigen manuellen Abgleich durchführen soll. Auch der Theaterparkplatz war ursprünglich nicht einbezogen. Angesichts dieses unzureichenden Konzeptes, dass den Stadträten außerdem noch als Tischaufgabe präsentiert worden war, was eine sorgfältige vorherige Beratung in den Fraktionen unmöglich gemacht hatte, entwickelte sich eine intensive Debatte. Die SPD-Fraktion kritisierte vor allem, dass Oberbürgermeister und Verwaltung nicht Alles daran gesetzt haben, das Parkhaus Fuchsenwiese in das Konzept einzubeziehen und zudem den Theaterparkplatz außen vor gelassen haben. Angesichts der bevorstehenden Eröffnung der Arcaden sei die Ausklammerung großer Parkkapazitäten in der nördlichen Innenstadt ein in höchstem Maß fataler Wettbewerbsnachteil. Die Einbeziehung des Theaterparkplatzes und das nötige Personal für den manuellen Abgleich konnte zwar im Laufe der Debatte durchgesetzt werden. Das bewog die SPD-Fraktion letztendlich, trotz großer Vorbehalte gegen das unzureichende Gesamtkonzept zuzustimmen. Felizitas Traub-Eichhorn, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, brachte es in der Stadtratssitzung auf den Punkt: „Das jetzt vorgesehene System ist nicht etwa eine durchdachte, nachhaltige Lösung im Sinne einer Kombination aus Parkleitsystem und konsequenter aumbewirtschaftung, sondern eher ein störanfälliger Schnellschuss.“



### Wie aus dem Stadtlogo ein Suchbild wurde.....

Statt des üblichen Rathausbildes links oben in unserem RT präsentieren wir aus aktuellem Anlass das „amtierende“ Stadtlogo. Warum? Weil es aus der „offiziellen“ Stadt ganz verschwunden ist. Und das, obwohl erst im Januar 2007 der Stadtrat einstimmig beschlossen hatte: Das Tafelmaier-Logo bleibt unser offizielles Stadtlogo! Eine „Spurensuche“ im Erlanger Rathaus, auf den Stadtseiten usw. hat nämlich Verwunderliches ergeben: Aus dem Logo ist ein Suchbild geworden. Auf der Homepage der Stadt: Nirgendwo das Stadtlogo.....in den Videoclips bei Bürgerversammlungen: nirgendwo das Stadtlogo.....auf den Glückwunschkarten des OB: nirgendwo das Stadtlogo.....in allen Sitzungsräumen und auf den Fluren des Rathauses:.....nirgendwo das Stadtlogo.....stattdessen überall das Stadtwappen. Nichts gegen das Stadtwappen. Das hängt seit Jahr und Tag im Ratssaal, das soll auch so bleiben. Aber unser Tafelmaier-Logo ist schon etwas ganz Besonderes. Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich auch 30 Jahre nach seiner Einführung noch gerne damit, weil es unser Stadt-Motto „Offen aus Tradition“ auf so eingängige und überzeugende Weise zum Ausdruck bringt.

Wie in der Presse und dem SPD-Rathaustelegamm hinlänglich berichtet, war dem einstimmigen „Logo-Beschluss“ im Januar eine turbulente Zeit vorangegangen. Der OB wollte es loswerden, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Die gesamte Rathausopposition, die Presse und mehrere tausend Bürgerinnen machten ihm einen Strich durch seine Rechnung und bewirkten den Erhaltungsbeschluss. Das RT berichtete ausführlich in Nr. 2/2007.

Die SPD-Stadtratsfraktion wird ab dieser Ausgabe des RT jedes Mal an unser Stadtlogo erinnern. Es wird fortan auch als Symbol stehen für die Missachtung des Bürgerwillens und die sehr „eigenwillige“ Interpretation des – einstimmigen – Stadtratsbeschlusses durch den CSU-Oberbürgermeister.

### Umweltjahr 2007: SPD-Fraktion beantragt Fluss-Erlebnis-Weg auf der Regnitz

Im Rahmen des Umweltjahres 2007, in dem neben vielen Aktionen auch nachhaltige, d.h. bleibende Maßnahmen in der Stadt entwickelt werden sollen, stellte die SPD-Stadtratsfraktion bereits im Februar einen Antrag, in dem sie sich für einen Fluss-Erlebnis-Weg auf der Regnitz einsetzt. Neben dem geplanten Weiterbau des Regnitztal-Radweges könnte damit parallel ein Wanderweg auf dem Wasser entstehen, der den Nutzerinnen und Nutzern – insbesondere den KanusportlerInnen und WanderruderInnen – das unmittelbare Erleben einer Flusslandschaft ermöglicht. Ansatzpunkt für diese Überlegungen ist das Vorhaben der wassersporttreibenden Vereine Erlangens, an den beiden Wehren Wöhrmühle und Neumühle Umbaumaßnahmen vorzunehmen. Von den Betreibern der Wehre soll an der Wöhrmühle eine Fischtreppe eingebaut und an der Neumühle eine verstellbare Wehranlage zur optimalen Stromproduktion hergestellt werden. Im Zuge beider Umbaumaßnahmen soll hier eine so genannte „Bootsrutsche“ eingebaut werden. Damit ist für KanusportlerInnen die Möglichkeit gegeben, problemlos auf dem Wasserweg die Wehre zu überwinden; das „Umsteigen“ über Land ist nicht mehr erforderlich, die Ufer werden dadurch besser geschützt. „Der Fluss-Erlebnis-Weg fördert umweltschonenden Sport und sanften Tourismus. Was in Oberfranken geht, steht auch Mittelfranken gut an“, so Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas. Die Stadt könne, so Niclas weiter, damit einen Anschluss-Beitrag leisten zum Projekt „Flussparadies Franken“, einem mit Förderung des bayerischen Umweltministerium in Oberfranken bereits verwirklichtem vergleichbarem Projekt. Die Naturfreunde haben hierzu eine Unterschriftenaktion gestartet. Wer das Projekt aktiv unterstützen möchte, kann sich im Rahmen der Rädli am 1. Mai am Naturfreundehaus an der Wöhrmühle in die ausliegenden Unterschriftenlisten der „Naturfreunde Erlangen e.V.“ eintragen.



### Anlieferverkehr auf dem Cesiwid-Gelände: Erfolg für Bürgerinnen und Bürger!

Im Rathaustelegamm Nummer 2/2007 berichtete das RT von mehreren Anträgen zum Cesiwid-Gelände, die die Fraktion nach einer sehr gut besuchten Informationsveranstaltung in Alterlangen Ende Januar gestellt hatte. In der UVPA-Sitzung am 17.4. gab es zwei Verwaltungsvorlagen, die sich mit dem Anlieferverkehr auf dem Cesiwid-Gelände befassten. Die frohe Nachricht für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie die SPD: Es wird im Sinne unseres Antrags weitergeplant!

**Weitere Informationen zu unseren Anträgen unter: [www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)**

#### **Kontakt:**

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen  
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
Telefon: 09131-862225  
Fax: 09131-862181  
Mail: [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
Internet: [www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

#### **Impressum:**

Das SPD-Rathaustelegamm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.  
Verantwortlich: Gisela Niclas  
Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham

**Ich unterstütze die Erklärung  
„POLITIK FÜR GUTE ARBEIT - DEUTSCHLAND BRAUCHT MINDESTLÖHNE.“!**

Name, Vorname		
PLZ, Ort, Straße		
ggf. Funktion		Unterschrift
E-Mail:		
<input type="checkbox"/> Ich bin an der Zusendung von Informationen, Newslettern und Einladungen interessiert. Mit der hierfür notwendigen Speicherung meiner personenbezogenen Daten unter strikter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes der SPD bin ich einverstanden. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.		

Name, Vorname		
PLZ, Ort, Straße		
ggf. Funktion		Unterschrift
E-Mail:		
<input type="checkbox"/> Ich bin an der Zusendung von Informationen, Newslettern und Einladungen interessiert. Mit der hierfür notwendigen Speicherung meiner personenbezogenen Daten unter strikter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes der SPD bin ich einverstanden. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.		

Name, Vorname		
PLZ, Ort, Straße		
ggf. Funktion		Unterschrift
E-Mail:		
<input type="checkbox"/> Ich bin an der Zusendung von Informationen, Newslettern und Einladungen interessiert. Mit der hierfür notwendigen Speicherung meiner personenbezogenen Daten unter strikter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes der SPD bin ich einverstanden. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.		

Name, Vorname		
PLZ, Ort, Straße		
ggf. Funktion		Unterschrift
E-Mail:		
<input type="checkbox"/> Ich bin an der Zusendung von Informationen, Newslettern und Einladungen interessiert. Mit der hierfür notwendigen Speicherung meiner personenbezogenen Daten unter strikter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes der SPD bin ich einverstanden. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.		

Name, Vorname		
PLZ, Ort, Straße		
ggf. Funktion		Unterschrift
E-Mail:		
<input type="checkbox"/> Ich bin an der Zusendung von Informationen, Newslettern und Einladungen interessiert. Mit der hierfür notwendigen Speicherung meiner personenbezogenen Daten unter strikter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes der SPD bin ich einverstanden. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.		

Name, Vorname		
PLZ, Ort, Straße		
ggf. Funktion		Unterschrift
E-Mail:		
<input type="checkbox"/> Ich bin an der Zusendung von Informationen, Newslettern und Einladungen interessiert. Mit der hierfür notwendigen Speicherung meiner personenbezogenen Daten unter strikter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes der SPD bin ich einverstanden. Meine Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.		

**Unterzeichnerlisten bitte einsenden an:**  
**SPD Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin**  
**Fax: 030/25 99 1 - 410, E-Mail: Mindestlohn@spd.de**

**[www.gutearbeit.spd.de](http://www.gutearbeit.spd.de)**

# POLITIK FÜR GUTE ARBEIT - DEUTSCHLAND BRAUCHT MINDESTLÖHNE.



Kraft der  
Erneuerung.



Deutschland ist – gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung – so reich wie nie zuvor. Trotzdem arbeiten viele Menschen den ganzen Tag, können aber sich und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn nicht ernähren. Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein Skandal. Wer voll arbeitet, muss davon leben können. Deshalb werden wir Schluss machen mit dem Lohndumping.

## Das sind die Fakten:

- Die Einkommensschere geht weiter auseinander. Während Spitzengehälter zunehmen, stagnieren die Löhne für viele Beschäftigte.
- Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns betragen.
- Lohndumping richtet sich gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dumpinglöhne schwächen aber auch die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, die faire Löhne zahlen.
- Die Tarifbindung nimmt weiter ab. Nur 68% der Beschäftigten in Westdeutschland und 53% in Ostdeutschland erhalten tariflich vereinbarte Löhne.
- Armutslöhne gibt es nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern. Auch viele Tariflöhne liegen zwischen drei und vier Euro.
- Niedriglöhne sind nicht allein die Folge zu geringer Qualifikationen. 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnssektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Die Aufstiegsmobilität in besser bezahlte Jobs ist gering. Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist Verharren in Armut.

## GERECHTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT.

Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Menschen, die einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Großbritannien, die Niederlande, Belgien – die meisten unserer europäischen Nachbarn und selbst die USA praktizieren Mindestlöhne mit Erfolg.

**Auch in Deutschland ist es höchste Zeit:  
für gerechte Löhne und gute Arbeit,  
für soziale Sicherheit und Mindestlöhne!**